

Gesetz über die Kriegsteuerungszulagen an die bernische Lehrerschaft = Loi sur les allocations de renchérissement au corps enseignant bernois

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Korrespondenzblatt des Bernischen Lehrervereins = Bulletin de la Société des instituteurs bernois**

Band (Jahr): **20 (1918-1919)**

Heft 5

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-243353>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gesetz über die Kriegsteuerungszulagen an die bernische Lehrerschaft.

Das Gesetz über die Kriegsteuerungszulagen an die bernische Lehrerschaft hat in der pädagogischen Presse und in Lehrerversammlungen zu lebhaften Diskussionen Anlass gegeben. Im Mittelpunkt der Debatte steht der Art. 4, der Staat und Gemeinden erlaubt, Besoldungserhöhungen und Alterszulagen, die seit 1. Januar 1916 bewilligt wurden, in Anrechnung zu bringen. Fast überall verlangt man kurz und gut seine Eliminierung, ohne sich aber die geringste Rechenschaft darüber zu geben, wie er entstanden ist. Der B. L. V. hatte von Anfang an das Postulat aufgestellt, dass die Lehrerschaft gleich zu behandeln sei wie die Beamten und Angestellten des Staates. In der ersten Lesung des Gesetzes gelangte dieser Standpunkt auf der ganzen Linie zum Durchbruch. Nun hat bekanntlich jedes Ding seine zwei Seiten, auch dieses, aus der Mitte der Lehrerschaft selbst erwachsene Postulat. Die Teuerungszulagen der Beamten stützen sich alle auf das Besoldungsdekret vom April 1906; seit diesem Termin hat kein Staatsbeamter eine Besoldungserhöhung erhalten, seine Besserstellung erstreckte sich nur auf Teuerungszulagen. Bei der Lehrerschaft hingegen ist die Besoldungsbewegung stets im Fluss, und die Besserstellung vollzieht sich nach drei Richtungen hin: Teuerungszulagen, Besoldungserhöhungen, Verbesserung der Alterszulagen. Sobald man nun zu einer kantonalen Ordnung der Dinge schritt, musste zunächst ein fester Punkt gefunden werden, auf den sich alle Berechnungen stützen konnten. Als solchen nahm man an den 1. Januar 1916, also das Datum, an dem die Teuerung so recht energisch einzusetzen begann. Ferner lag es klar zutage, dass alle drei Arten von Besserstellung gleich behandelt werden mussten. Einverstanden ist jedermann damit, dass die Teuerungszulagen angerechnet werden. Ein verheirateter kantonalen Beamter, der letztes Jahr eine Grundzulage von Fr. 400 erhielt, bekommt pro 1918 nicht Fr. 400 und Fr. 800, sondern bloss Fr. 800. Werden so die Teuerungszulagen in Berechnung gezogen, so müssen auch die Besoldungserhöhungen ihnen gleichgestellt werden, sonst entstehen neue Härten. Man stelle sich nur einmal vor, dass in einer seeländischen Gemeinde der eine Lehrer eine Besoldungserhöhung, der zweite eine Teuerungszulage und der dritte eine neue Alterszulage erhalten hat. Es wäre ja sehr zu begrüßen, wenn man auch die Teuerungszulagen nicht in Berechnung ziehen könnte. Von seiten des Staates aber begegnet dieses Begehren einem kategorischen Nein, und wir können dem Staate

Loi sur les allocations de renchérissement au corps enseignant bernois.

La loi sur les allocations de renchérissement au corps enseignant bernois a donné lieu à de vives discussions dans la presse pédagogique et les assemblées d'instituteurs. C'est l'article 4 octroyant à l'Etat et aux communes le droit de mettre en ligne de compte des augmentations de traitement et indemnités pour années de service, consenties depuis le 1^{er} janvier 1916, qui a fait essentiellement les frais des débats. Presque partout on demande tout bonnement l'abrogation de cet article, sans qu'on se rende compte le moins du monde comment il a été élaboré. Le B. L. V. avait dès le début formulé le vœu que le corps enseignant fût traité de la même façon que les fonctionnaires et employés de l'Etat. À la première lecture de la loi, ce point de vue fut admis d'emblée. Mais toute chose a son revers, et il en est ainsi également du postulat issu du sein du corps enseignant même. Les allocations de renchérissement des fonctionnaires s'appuient toutes sur le décret d'avril 1906 relatif au traitement. Depuis cette époque, aucun fonctionnaire de l'Etat n'a obtenu d'augmentation de traitement; la seule amélioration de salaire consiste en allocations de renchérissement. Pour le corps enseignant, en revanche, l'action en faveur des traitements n'a pas encore abouti et l'amélioration de la position financière de l'instituteur se poursuit dans trois directions: allocations de renchérissement, relèvement des traitements, amélioration des augmentations de traitement pour années de service. Du moment que la question doit être réglée par la voie cantonale, il faudrait d'abord trouver une base ferme sur laquelle pourraient s'appuyer tous les calculs, et pour cette base il a été choisi la date du 1^{er} janvier 1916, époque à partir de laquelle les allocations ont été accordées par nombre de communes.

En outre, il était évident que les trois modes d'amélioration de traitement devraient être traités de la même manière. Chacun convient que les allocations de renchérissement doivent entrer en compte. Un fonctionnaire cantonal marié qui a obtenu l'année passée une allocation fondamentale de fr. 400, ne recevra pas en 1918 une somme de fr. 400 plus fr. 800, mais au contraire seulement fr. 800. Si les allocations entrent en compte de cette façon, il faut aussi que les relèvements de traitement soient mis sur le même pied, sinon il en résulterait de nouvelles injustices. Il serait à désirer que les allocations de renchérissement n'entrent pas en ligne de compte. Mais l'Etat oppose un refus catégorique à ce désir, et nous

gar nicht viel dagegen haben, da wir ja selbst es waren, die die Gleichstellung mit den Beamten verlangten. Dazu kommt noch eines, das referendumspolitische Moment. Was haben wir von den schönsten und weitgehendsten Vorlagen, wenn sie dann vom Volke verworfen werden? Schon jetzt hören wir aus Lehrerkreisen Bedenken laut werden von einer allzustarken Belastung der Gemeinden, die sich aus unsern neuen Postulaten ergibt. Diese Bedenken können nicht ohne weiteres in den Wind geschlagen werden. Wir wollen das Gesetz glücklich durch die Volksabstimmung bringen, und der K. V. ist dem letzten Lehrer dafür verantwortlich, dass dies geschieht. Es ist deshalb nicht vom guten, unmögliche Forderungen aufzustellen, die das Ganze gefährden. Wie man an massgebendem Orte über die Sache denkt, zeigt die Konferenz, die die Vetreter des B. L. V. Donnerstag den 12. September mit einer Delegation des Regierungsrates hatten. Es waren anwesend: von seiten der Regierung die Herren Dr. Moser, Vizepräsident des Regierungsrates, die Regierungsräte Lohner und Merz; von seiten des B. L. V. Siegenthaler, Mühlheim und Graf. Die Vertreter des B. L. V. vertraten unsere bekannten Postulate, wobei sie das Hauptgewicht auf Art. 2 legten und wieder den Standpunkt vertraten, dass die Lehrerschaft gleich zu behandeln sei wie die Beamten. Die Vertreter der Regierung gaben unumwunden zu, dass eine Erhöhung der Ansätze kommen müsse. Massgebend sei, was der Bund definitiv beschliesse. Darauf werden sich dann auch die Massnahmen stützen, die der Kanton gegenüber seinen Beamten und gegenüber der Lehrerschaft vorkehren will. Die Vertreter der Lehrerschaft nahmen von dieser Aeusserung mit Befriedigung Kenntnis, denn sie sichert uns eine günstige Erledigung unseres Hauptpostulats der Erhöhung der Ansätze um Fr. 500 zu. Eine rege Diskussion entspann sich über Art. 1 und Art. 4. In Art. 1 ist bekanntlich vorgeschrieben, dass der Grosse Rat berechtigt sei, « im Rahmen dieses Gesetzes » auch für die folgenden Jahre Teuerungszulagen zu beschliessen. Der B. L. V. hätte es nun gerne gesehen, wenn eine etwas freiere Fassung hätte gefunden werden können, so dass der Grosse Rat die Ermächtigung erhalten hätte, die Teuerungszulagen nach dem jeweiligen Stand der Teuerung zu beschliessen. Die anwesenden Regierungsräte gaben die Berechtigung dieser Forderung zu. Sie befürchteten aber, dass die ganze Opposition gegen das Gesetz sich sofort hinter staatsrechtliche Bedenken flüchten würde. Diese Befürchtungen sind nicht in den Wind zu schlagen. Schon bei der ersten Lesung des Gesetzes klangen derartige Töne durch. Auch lehrt die Erfahrung, die wir bei der Abstimmung über das Steuergesetz machten, dass die Opposition

ne pouvons lui en vouloir, vu que c'est nous-mêmes qui avons exigé que nous fussions mis sur le pied d'égalité avec les fonctionnaires. Ajoutons à cela l'effet politique du referendum. Quel profit aurons-nous tiré des plus beaux et plus vastes projets, s'ils sont ensuite rejetés par le peuple? Maintenant déjà, nous apprenons que dans les milieux d'instituteurs l'on se plaint que les communes seront trop fortement chargées du fait de nos nouveaux postulats. Ces plaintes ne peuvent pas avoir été lancées sans fondement. Nous voulons que la loi passe avec succès l'épreuve de la votation populaire et le C. C. en porte la responsabilité devant le dernier instituteur. Il n'est donc pas opportun de présenter des revendications impossibles qui mettent le tout en péril. L'assemblée tenue mardi 12 septembre par les représentants du B. L. V. et une délégation du Conseil-exécutif donne une mesure de ce que l'on pense à ce sujet.

Etaient présents: comme représentants du Conseil-exécutif, MM. Dr Moser, vice-président du Conseil-exécutif, Lohner et Merz, membres du gouvernement; comme représentants du B. L. V.: MM. Siegenthaler, Mühlheim et Graf. Ceux-ci ont présenté nos postulats connus en insistant surtout sur l'article 2 et en défendant le point de vue, selon lequel le corps enseignant doit être traité de la même manière que les fonctionnaires. Les représentants du gouvernement ont convenu sans ambage qu'une augmentation des normes était nécessaire. La décision définitive de l'Assemblée fédérale sera déterminante. C'est sur elle que s'appuieront les mesures que le canton prendra à l'encontre de ses fonctionnaires et de son corps enseignant. C'est avec satisfaction que les représentants du corps enseignant prirent connaissance de cette déclaration, car elle nous assure le succès de notre postulat essentiel concernant l'augmentation de fr. 500 des normes. Une vive discussion s'engagea sur les articles 1^{er} et 4. On sait que l'article 1^{er} prescrit au Grand Conseil le droit d'accorder « dans les limites fixées par la loi » les années prochaines également des allocations de renchérissement. Le B. L. V. aurait vu de bon œil qu'une teneur quelque peu plus libre eût pu être trouvée, afin que le Grand Conseil pût obtenir l'autorisation d'accorder les allocations en tenant compte de l'état du renchérissement du moment. Les conseillers d'Etat présents ont reconnu le bien-fondé de cette demande. Ils craignaient cependant que toute l'opposition à la loi ne se réfugiât immédiatement derrière les scrupules fondés sur le droit public. Il faut tenir compte de ces craintes. A la première lecture de la loi déjà, de telles appréhensions se sont fait entendre. L'expérience faite lors de la votation de la loi sur l'impôt nous enseigne que l'oppo-

sich hauptsächlich hinter einige Unklarheiten im Gesetzesentwurf flüchtete. Bezüglich des Art. 4 wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass wir selbst jeweilen die Gemeinden aufgefordert hätten, Besoldungserhöhungen statt Teuerungszulagen zu beschliessen. Wenn man den Gemeinden verbieten wollte, diese Besoldungserhöhungen in Anrechnung zu bringen, so müsste das referendumspolitisch die ganze Vorlage sehr gefährden.

So liegen heute die Dinge. Die Lehrerschaft kann mit Zuversicht hoffen, dass die neuen Ansätze Gesetz werden. Und das ist für uns überaus wichtig, denn nicht in Art. 1, nicht in Art. 4 liegt für uns der Hauptwert der Vorlage, sondern in Art. 2. Mit der Höhe der Zulagen steht und fällt für uns der Wert des Gesetzes. Es gilt, dafür zu sorgen, dass der Lehrer und die Lehrerin im letzten bernischen Dorfe, im hintersten Krachen Zulagen erhalten, die keine Almosen sind und die ihnen über die schwere Zeit hinweghelfen. In diesem Bestreben sollte die ganze Lehrerschaft solidarisch zusammenstehen. Das grosse kantonale Interesse muss das lokale überwiegen.

Auszahlung der Besoldungen pro IV. Quartal 1918.

Am 31. August 1918 haben wir an die Regierung das Gesuch gerichtet, es möchten:

1. Die Staatszulagen der Primarlehrerschaft pro IV. Quartal 1918 schon im Oktober statt erst im Dezember zur Auszahlung gelangen;
2. die Staatsbeiträge an die Besoldungen der Mittelschullehrer pro IV. Quartal 1918 ebenfalls schon im Oktober angewiesen werden, damit die Gemeinden wenigstens diesen Teil der Besoldung früher ausrichten können.

Das erste Gesuch ist bewilligt worden, indem die Schulinspektoren Weisung erhielten, die Besoldungslisten für das IV. Quartal bis am 5. Oktober der Unterrichtsdirektion einzusenden.

Zum zweiten Postulat schreibt uns die Unterrichtsdirektion:

«Ihr weiteres Begehren, auch den Staatsbeitrag an die Besoldungen der Mittellehrerschaft vorzeitig auszurichten, konnte der technischen Schwierigkeiten administrativer Natur wegen nicht berücksichtigt werden. Zunächst muss festgestellt werden, dass der Staatsbeitrag an die Besoldungen der Mittellehrer nicht an letztere

sition avait principalement pris comme prétexte quelques obscurités du projet de loi. On nous a rendu attentifs que relativement à l'article 4 nous avons nous-mêmes parfois sommé les communes de voter des augmentations de traitement plutôt que des allocations de renchérissement. Si on voulait défendre aux communes de mettre en compte ces augmentations de traitement, tout le projet de loi risquerait d'être mis en péril au point de vue de la politique du referendum.

Tel est aujourd'hui l'état de chose. Le corps enseignant peut espérer avec confiance que les nouvelles normes auront force de loi. Et cela est important pour nous, car la valeur essentielle du projet, pour nous, ne réside pas dans la teneur de l'article 1^{er}, ni dans celle de l'article 4, mais plutôt dans celle de l'article 2. C'est la hauteur des allocations qui donne de la valeur à la loi. Il s'agit de veiller à ce que l'instituteur et l'institutrice du village bernois le plus retiré et du hameau le plus perdu obtiennent des allocations qui ne soient pas des aumônes et qui leur aident à traverser les temps critiques que nous vivons. Dans ce but, le corps enseignant in globo devrait serrer les rangs dans un sentiment de parfaite solidarité. Il faut que l'intérêt cantonal prime l'intérêt local.

Payement des traitements du IV^e trimestre 1918.

En date du 31 août 1918, nous avons demandé au gouvernement de vouloir bien:

- 1^o Effectuer en octobre déjà, plutôt qu'en décembre seulement, le paiement du IV^e trimestre 1918 des subsides de l'Etat au corps enseignant primaire;
- 2^o de verser également en octobre déjà le montant du IV^e trimestre des contributions de l'Etat aux traitements des maîtres aux écoles moyennes, afin que les communes puissent effectuer plus tôt cette part du traitement au moins.

La première demande a été agréée, étant donné que les inspecteurs scolaires ont reçu l'avis de faire parvenir jusqu'au 5 octobre à la Direction de l'instruction publique les listes des traitements du IV^e trimestre.

Au sujet du deuxième postulat, la Direction de l'instruction publique nous écrit:

«Votre seconde demande de verser également par anticipation aux maîtres aux écoles moyennes la contribution de l'Etat à leurs traitements n'a pu, en raison des difficultés techniques de nature